

## DIE LINKE Wolfram Scheffbuch Redebeitrag 11.12.2020 zu Kliniken

Sehr geehrter Herr Landrat Allgaier,  
sehr geehrter Herr Prof. Martin,  
sehr geehrter Herr Hechenberger,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

vielen Dank für den Bericht über die Unternehmensplanung 2021. Gestatten Sie mir, hierzu auch noch einige Worte zu sagen.

Ich will anfangen mit einem Zitat aus dem Kapitel „Unternehmensstrategie“. Da ist zu lesen:

„Aufgrund der kommunal-gemeinnützigen Ausrichtung der Kliniken besteht nicht das primäre Ziel darin, Renditen für Gesellschafter oder fremde Kapitalgeber zu erwirtschaften. Dennoch sollte im operativen Ergebnis der Kliniken insgesamt kein Defizit erwirtschaftet werden.“

Der erste Teil mit kommunal-gemeinnützig und die fehlende Renditeorientierung ist tatsächlich ein großer Pluspunkt unserer Kliniken und dankenswerterweise ein großer Konsens im Landkreis und hier im Gremium.

Aber den zweiten Punkt „dennoch sollte kein Defizit erwirtschaftet werden“ der darf schon hinterfragt werden. Warum muss ein Krankenhaus mit den Maßstäben eines Wirtschaftsunternehmens gemessen werden? Wieso kein Defizit? Die Feuerwehr muss doch auch keine Bilanz erstellen. Sonst wäre jede Wehr hier im Landkreis ein Pleitekandidat. Kein Löschfahrzeug und keine Drehleiter finanzieren sich über die Feuerwehrkostensatzsatzung. Sondern es ist klar: Der Brand- und Katastrophenschutz finanziert sich aus öffentlichen Kassen.

Und so sollte es auch mit den Kliniken sein. Die Krankenhäuser sind die Feuerwehr des Gesundheitswesens. Gerade in diesen Tagen wo eine nicht berechenbare Zahl an Corona-Patienten in unsere Kliniken schwappt, da sollte doch nicht die Frage nach dem Defizit gestellt werden, sondern alles Mögliche getan werden, um die Patienten zu versorgen.

Und mein Eindruck ist, in den Häusern der Kliniken Ludwigsburg-Bietigheim wird tatsächlich das Menschenmögliche getan, alle Kranken zu versorgen. Und neben den COVID-19-Patienten werden auch die anderen nicht aus dem Auge verloren, die schlimmere oder gleichermaßen gefährliche Krankheiten oder Unfälle haben.

Wenn nun das Defizit 2020 bei 4,6 Millionen liegt, und vielleicht 2021 noch höher, dann ist das nicht schön, aber wir sollten das hinnehmen und als Landkreis zahlen. Bei einem Gesamthaushalt von über 740 Millionen Euro sollte es machbar sein, den Kliniken das zu geben, was sie brauchen. Wenn es nicht anders geht, auch mittels einer maßvollen Kreditaufnahme oder Erhöhung der Kreisumlage.

Trotzdem sollten wir Land und Bund nicht aus der Pflicht nehmen. Wenn die privaten und gesetzlichen Krankenversicherungen nicht alle Kosten des Gesundheitssystems decken, dann ist das ein Systemfehler. Wenn das Land die Investitionskosten für den stationären Bereich erstattet, aber die Anteile für die ambulanten Behandlungen in der Klinik herausrechnet, dann ist das auch ein Systemfehler.

Gerade jetzt in der Krise stellt sich die Frage nach der Solidarität der Landes- und Bundesebene. Bekommen wir einen Ausgleich für den im Bericht beschriebenen Rückgang der Fallzahlen im ambulanten Bereich und in der Notfallversorgung? Wird die neue Ausfallvergütung für

freigehaltene Betten für uns auskömmlich sein?

Es darf nicht sein, dass wir mit den Kliniken einen unbestreitbaren Beitrag zur Bewältigung der Krise und zur Versorgung der Corona-Patienten leisten und dann die Kosten selbst tragen sollen. Und die große Politik gibt die im Übermaß bereitstehenden Milliarden nicht an die Krankenhäuser, sondern rettet mit dem Geld die Branchen, die sie durch ihre hilf- und planlose Politik selbst in den Ruin treibt.

Wir sollten alles tun - und das ist auch ein Appell an die anwesenden Vertreter und Abgeordneten der Regierungsparteien- dass wir im Krankenhauswesen davon abkommen, den einzelnen Fall zu vergüten. Die Feuerwehr wird auch nicht für jeden Brand und jeden Autounfall einzeln bezahlt. Wer Gesundheitsinfrastruktur bereitstellt, wie unsere Kliniken es tun, der sollte Anspruch auf eine auskömmliche Grundvergütung haben.

Soweit dazu. Der zweite Punkt den ich ansprechen will, betrifft das Thema Mitarbeiter. In der Unternehmensplanung 2021 heißt es: „Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stellen im Krankenhaus die bedeutendste und inzwischen in nahezu allen Aufgabenbereichen eine knappe betriebliche Ressource dar.“ Zu Recht folgt darauf ein „großes Dankeschön“ für das ganze RKH-Team,

Dann stellen Sie dar, welches Problem der Fachkräftemangel darstellt, bei Pflege, Ärzten, aber auch bei hauswirtschaftlichen Berufsgruppen und dann werden die Maßnahmen vorgestellt. Das bleibt aber etwas dünn. Da wird über die „Arbeitgebermarke RKH“ gesprochen, dass es eine digitale Bewerberplattform gibt etc.

Das ist alles schön und gut, das ist nettes Beiwerk, aber entscheidend ist doch, ob die Beschäftigten, die schon da sind, gute Arbeitsbedingungen haben und auch gerne da sind. Und vor allem auch, ob sie dableiben.

Tatsächlich ist der Arbeitsalltag im Klinikum geprägt von einem hohen Arbeitsanfall bei personeller Unterbesetzung. Viele Dienstpläne kalkulieren mit überlangen Arbeitszeiten, die gesetzeswidrig sind. Jedes Jahr werden im Klinikum Ludwigsburg-Bietigheim hunderte Überlastungsanzeigen geschrieben ohne dass etwas sich grundsätzlich ändert. Mitarbeiter werden unvermittelt von der einen auf eine andere Station geschickt, ohne vorher eingebunden zu sein. Die Beschäftigten werden verheizt.

Hinzu kommen die von Ihnen erwähnten Personalausfälle durch positiv getestete Mitarbeiter. Das Problem ist heikel: Wenn in den Kliniken die Mitarbeiter oft getestet werden, produziert man auch Personalausfälle und dramatische Personalnotstände. Wollen wir das?

Die durchschnittliche Verweildauer einer ausgebildeten Pflegekraft in ihrem Beruf beträgt circa 5 Jahre. Die Mitarbeiter werden krank, reduzieren ihre Arbeitszeit oder gehen ganz. Wir brauchen neue Konzepte, mehr Planstellen und vielleicht auch den Mut, übertariflich etwas draufzulegen. Hier helfen nicht ein paar digitale Spielereien und das Basteln an einer „Arbeitgebermarke“, hier muss auch richtig Geld in die Hand genommen werden.

Fachkräfte in der Krankenpflege im Krankenhaus in Vollzeit verdienen brutto 300 Euro weniger als der Durchschnitt der vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmer in Deutschland. Das ist nicht richtig. Pflegekräfte gehören an die Spitze der Einkommenspyramide.

Immer mehr Beschäftigte in den Krankenhäusern sind bereit, für eine bessere Bezahlung zu kämpfen. So hatte am 21. Oktober dieses Jahres VERDI in den Krankenhäusern Bietigheim,

Markgröningen und Ludwigsburg einen Warnstreik durchgeführt. Eine absolut berechtigte und legale Aktion. Wir können stolz sein auf die Mitarbeiter unserer Kliniken, dass sie so für Ihre Interessen eintreten.

Nicht stolz sein können wir hingegen auf sie, Herr Prof. Martin und Sie Herr Landrat Allgaier. Sie hatten sich am 20.10. in einer Presseerklärung unter Verweis auf die Corona-Lage gegen die Aktionen der Beschäftigten gewandt und den Streik als überzogen bezeichnet.

Damit sind Sie den Beschäftigten in den Rücken gefallen. Sie hätten besser öffentlich die kommunalen Arbeitgeberverbände auffordern sollen, ein Angebot zu machen, das die Leistung der Beschäftigten gebührend anerkennt und dem Einsatz in der aktuellen Lage Rechnung trägt. Das wollte ich nur einmal erwähnen.

Übrigens waren damals die Corona-Fallzahlen im Landkreis nur halb so hoch wie jetzt im Dezember. Der Warnstreik war in keinem Fall wegen Corona unverantwortbar.

Es ist meine feste Überzeugung: Nur zusammen mit den Beschäftigten und den Gewerkschaften können wir die Kliniken zukunftsfähig aufstellen und den Fachkräftemangel überwinden.

Und das will ich auch noch sagen: Zum Team der Krankenhäuser gehören auch die Beschäftigten in der Küche, in der Wäscherei und auch die Reinigungsdienste. Wir fordern auch für diesen Personenkreis die Bezahlung nach dem Tarif des öffentlichen Dienstes. Das sind keine Mitarbeiter zweiter Klasse. Professor Martin hat vorhin erwähnt, wie wichtig die Wäscherei ist.

Auch wenn wir solche Dinge wie die Ausgliederung der Servicedienste und auch die Ablehnung einer Gastmitgliedschaft der LINKEN im Aufsichtsrat weiterhin nicht akzeptieren können, so wird die Fraktion DIE LINKE doch der Unternehmensplanung 2021 zustimmen. Ausschlaggebend dafür ist die gute fachliche Arbeit, die von den Mitarbeitern gerade jetzt in Krisenzeiten geleistet wird und auch die geplanten Investitionen etwa am Krankenhaus Bietigheim und in der Psychiatrie in Ludwigsburg, die wir auf jeden Fall unterstützen wollen. Wir wünschen den Kliniken und dem gesamten Team für 2021 alles Gute.